

Umfrage in der EG: „Wie stehen Sie zum Binnenmarkt 1992?“

Ein Chorgesang mit sehr verteilten Stimmen

Bürger von vier Mitgliedsstaaten plädieren für eine Gemeinschaft ohne umfassende Vollmachten

Von Josef Joffe

Derweil die Mauer fällt und die Nachkriegszeit in rasantem Tempo beendet wird, droht „1992“ – die Vollendung des europäischen Binnenmarktes – zu verblasen: „Europa“, nicht Westeuropa, beherrscht in diesen Tagen die Vorstellungskraft. Doch das magische Datum, der 1. Januar 1993, ist geblieben; an diesem Tag sollen die letzten Barrieren auf dem Weg zum wirklich gemeinsamen Markt fallen – 36 Jahre nach Abschluß der Römischen Verträge (1957), viel später, als es sich die „Gründerväter“ vorgestellt hatten.

Wird das ganze Europa den Blick auf „Klein-Europa“, die Gemeinschaft der Zwölf verstellen? Wie sieht der westeuropäische Bürger „sein“ Europa? Was hat ihm die Vergangenheit gebracht, was wünscht er sich für die Zukunft – zumal nach „1992“? Will er wirklich seine Souveränität teilen oder gar aufgeben? Die SZ hat ihm diese Fragen zusammen mit dem *Independent* (London), *Le Monde* (Paris) und *El Pais* (Madrid) gestellt – in der Bundesrepublik, in England, Frankreich und Spanien.

Wie in aller Meinungsforschung bestimmt auch hier die Frage die Antwort. Oder auf Europa bezogen: Je abstrakter die Integrationsfrage gestellt wird, desto höher ist die Zustimmung für die EG. Geht es aber ins Detail nationaler Politik – etwa, ob Brüssel oder die Hauptstädte Steuern festlegen sollen – singt der Chor der Integrationsfreudigen eher *sotto voce*.

Zum Beispiel die folgende, allgemein gehaltene Frage: „Sind Sie für den Binnenmarkt?“ Da registriert der Meinungsforscher hohe Zustimmungsraten quer durch Westeuropa. Zwei Drittel aller Franzosen sind „dafür“ oder „sehr dafür“, dicht gefolgt von den Westdeutschen (62 Prozent) und den Spaniern (58 Prozent). Die Engländer hinken erwartungsgemäß hinterher – aber immerhin mit einem beachtlichen Ja-Quotienten von 46 Prozent.

Wo es aber ans „Eingemachte“ geht, also nicht um Abstraktes, sondern um Dinge, die das tägliche Leben des Staatsbürgers beherrschen, verhält die europäische Stimme – zum Beispiel in punkto gemeinsamen Besteuerung. Diese Frage wurde bewußt gestellt, weil sie schlaglichtartig erhellt, wie der Bürger die Machtfrage beantwortet – schließlich geht es um sein Geld, auf das er zugunsten kollektiver („nationaler“) Ausgaben verzichten muß. Soll die EG oder der einzelne Staat über die Höhe der Einkommens- und Lohnsteuer bestimmen? Da pochen zwar wieder

die Engländer am lautesten auf nationale Souveränität (82 Prozent), aber auch in den drei anderen Ländern kommen klare Mehrheiten gegen Brüssel zustande – am klarsten in der Bundesrepublik. Hier sagen knapp zwei Drittel „Bonn geht vor Brüssel“; in Spanien sind es 58 Prozent, in Frankreich 57 Prozent.

Soziale Sicherheit, Kindergeld, Renten? Auch hier will der europäische Bürger das Staatsäckel lieber in der Hand der eigenen Regierung wissen, vorweg die reichen und besitzstandsbewußten Deutschen (62 Prozent), gefolgt von den Engländern (60 Prozent) und den Franzosen (51 Prozent). Nur die Spanier wünschen sich auf diesem Feld mehr Macht für Brüssel als für Madrid – gewiß, weil ihr Sozialstaat im Vergleich zu den anderen eher ärmlich ausgestattet ist.

Die klarsten Aussagen für Europa treten dagegen beim Thema Lebensqualität und Umwelt auf. Selbst die zögerlichen Engländer votieren mit 72 Prozent für EG-weite Entscheidungen in Sachen Umweltschutz. Auch die Spanier sehen die Ökologie lieber in Brüssel aufgehoben (62 Prozent), und über vier Fünftel aller Deutschen und Franzosen wollen es auch. Klare Mehrheit für Europa auch bei verwandten Anliegen – bei Chemiezusätzen in Nahrungsmitteln zum Beispiel und beim Trinkwasser.

Wo meldet sich die Nation sonst noch deutlich zu Wort? In der Schule, was auch kein Wunder ist. Soll Brüssel, soll der Einzelstaat den Lehrplan bestimmen? Eine solche Frage ist die Frage nach der „nationalen Identität“ schlechthin, vermittelt doch der Lehrplan nicht bloß Mathematik und Biologie, sondern – bewußt oder unbewußt – jene kollektiven Werte und Erinnerungen, die sich zur „nationalen Identität“ summieren.

Nicht einmal ein Viertel aller Engländer möchte den Lehrplan an die EG abgeben, gerade die Hälfte ist dazu in der Bundesrepublik bereit. Dennoch bahnt sich hier ein überraschender Wandel an. Die Franzosen, deren Schulsystem ebenso zentralisiert wie „nationalisiert“ ist, sind immerhin mit 55 Prozent (dagegen sind: 40 Prozent) bereit, den Schulplan gemeinschaftlich zu gestalten; dicht darauf folgen die Spanier mit 53 Prozent.

Die gemeinsame Verteidigung im EG-Rahmen? Auch dies ist eine Frage, die den Kern der nationalen Souveränität unmittelbar berührt als etwa die Qualität des Trinkwassers. Da wird eine Zweiteilung in dem Quartett der untersuchten Länder deutlich. Ganz an der Spitze derer, die bereit sind, in diesem Punkt die Souverä-

nität abzugeben, stehen die Deutschen; fast drei Viertel sind bereit, der EG den Vorzug vor der Nationalstaatlichkeit zu geben. Überraschend ist freilich, daß die einst so „gaullistischen“ Franzosen inzwischen ausgeprägt gemeinschaftlich denken. 63 Prozent sind dafür, daß „Entscheidungen über die Verteidigungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft als Ganzes getroffen werden sollten. Auf der anderen Seite des Spektrums befinden sich die Spanier und Engländer: Nur 45 Prozent in beiden Ländern sind für die Europäisierung der Verteidigungspolitik.

Wie halten es die vier Länder mit der Währung? Es ist keine Überraschung, daß die Engländer am wenigsten von einer Euro-Währung halten: Gerade 37 Prozent sind entweder „sehr dafür“ oder „dafür“, die nationale Währung „irgendwann“ durch eine „europäische“ zu ersetzen. Die größten Euro-Fans in Sachen monetärer Integration sind die Franzosen; es sind fast zwei Drittel von ihnen, die keine Angst davor haben, den Franc zugunsten eines „Euro-Talers“ aufzugeben. Bei den Spaniern sind es knapp 60 Prozent; die Deutschen hängen etwas stärker an ihrer „harten Mark“. Nur 56 Prozent wünschen sich eine Euro-Währung.

Wie sieht die allgemeine Stimmungslage aus? Um diese zu ergründen, wurde ein indirekter Weg eingeschlagen – mit der Frage, ob sich denn die Mitgliedschaft in der EG für das eigene Land gelohnt habe. Daß die Mitgliedschaft „eher Gutes“ bewirkt habe, bejaht etwas mehr als die Hälfte in Frankreich, Spanien und in der Bundesrepublik. Auch hier wird ein klares Gefälle zu England deutlich: Nur 28 Prozent optieren für Verbesserung; 34 Prozent meinen, daß sich der EG-Beitritt „eher schlecht“ ausgewirkt hat. Warum? Eine deutliche Mehrheit aller Engländer beklagt sich über „höhere Lebensmittelpreise“ – was auch kein Wunder ist: Früher konnten sie billig auf dem Weltmarkt einkaufen, jetzt müssen sie für die hohen EG-Agrarsubventionen bezahlen.

Was finden die vier Länder gut an der EG? Anscheinend ist die Begeisterung am höchsten in der Bundesrepublik, und sie bezieht sich auf die folgenden drei Segnungen: ein verbessertes Konsumangebot (das sagen 84 Prozent aller Deutschen doch nur 31 Prozent der Franzosen), einfacheres Reisen (72 Prozent, aber nur 39 Prozent der Engländer), ein geringeres Kriegsrisiko (69 Prozent, aber nur 37 Prozent der Spanier).

Die Engländer, das zeigt die Gesamtschau, sind die zögerlichsten im Bunde. Freilich ist das nicht unbedingt ein Trost

für Margaret Thatcher. Denn selbst die eigenen Landsleute sind nicht unbedingt bereit, ihr die Stange zu halten. Auf die Frage: Sollen die anderen auf dem Weg zu einer „Europäischen Regierung“ ohne die Eiserne Lady voranschreiten? antwortete immerhin die Hälfte der Engländer mit „Einverstanden“ oder „Sehr einverstanden“. Nicht einmal ein Viertel will, daß sich die anderen EG-Partner an das gebremste Tempo halten sollten, daß von London eingefordert wird.

Es wurden jeweils 1000 Bürger im Oktober in Frankreich, England, Spanien und in der Bundesrepublik befragt.

Wer soll auf folgenden Gebieten die Entscheidungen treffen - die Europäische Gemeinschaft oder jedes Land in eigener Regie?	Bundesrepublik	Großbritannien	Frankreich	Spanien
Lohn- und Einkommensteuer	28 65	13 82	37 57	24 58
Sozialgesetzgebung	31 62	36 60	45 51	46 39
Arbeitsrecht	45 47	41 53	61 35	54 29
Lerninhalte in den Schulen	50 42	24 70	55 40	53 29
Verteidigungspolitik	74 16	45 49	63 31	45 29
Umweltrecht	86 8	72 24	83 15	62 20
Lebensmittelrecht	81 13	71 25	61 35	64 18
Qualität des Trinkwassers	79 16	63 34	76 21	46 35
Alle Angaben in Prozent SZ-Grafik: Brinker				